

# Es ist lange her, dass die Rente sicher war

Zu: „Heil verteidigt Rentenpaket“ und „Doppelter Murks“, FR-Wirtschaft und -Meinung vom 28. September

## Alle Einkommensarten müssen etwas beitragen

Da in unserem Wirtschaftssystem die Produktivkraftentwicklung dahin geht, dass für die Erstellung des Sozialprodukts die Bedeutung des Faktors Arbeit abnimmt, die Finanzierung der Renten aber weiterhin auf dem Faktor Arbeit ruht, ohne dass der Faktor Kapital in die Pflicht genommen wird, ergibt sich zwangsläufig ein „demografisches Problem“ – unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung. Das heißt, zur stabilen Finanzierung der Sozialsysteme müssen alle Einkommensarten herangezogen werden. Insbesondere auch die privaten Kapitalerträge. Junge gegen Alte auszuspielen, wie es aktuell in der Debatte um das Rentenpaket geschieht, ist reine Demagogie. Hans Möller, Frankfurt

## Das Rentensystem produziert Ungerechtigkeit

Seit ein paar Jahren bin ich pensionierter Lehrer, genauso wie mein Kollege Michael. Der Unterschied zwischen uns: Ich bekomme eine Pension, er bekommt Rente. Dieser Unterschied macht sich bemerkbar. Wir haben etwa gleich viele Jahre im Schuldienst verbracht, aber meine Altersbezüge sind netto etwa doppelt so hoch wie seine. Das ist mehr als ungerecht. Und dieses schon jetzt niedrige Niveau soll jetzt nach dem Willen von FDP und CDU noch weiter gesenkt werden? Heinrich Mesch, Attendorn

## Die Prognosen gehen von falschen Annahmen aus

Die zitierten Politiker Johannes Vogel (FDP), Mathias Middelberg (CDU), Peer Steinbrück (SPD) sowie Kommentator Tim Szent-Ivanyi kritisieren die geplante

Stabilisierung des Rentenniveaus auf der Höhe von 48 Prozent, weil sie dessen Finanzierung mit steigenden Beiträgen für problematisch halten. Abgesehen davon, dass dieses Rentenniveau – schon abgesenkt in der Riester-„Reform“ – für viele Rentner zu niedrig ist, basiert dieses Urteil für die Erwerbstätigen mit ausreichendem Erwerbseinkommen auf einer unzulässigen Bewertung der Beiträge als Kosten. Während Kosten mit keiner direkten Gegenleistung verbunden sind, stellen die Rentenversicherungsbeiträge eine Form des Sparens für die spätere Alterssicherung dar, deren Höhe von den Beitragszahlungen mitbestimmt wird. Zweitens vernachlässigt die Kritik die Produktivitätssteigerung als Element der wirtschaftlichen Entwicklung. Die durch sie ermöglichten Einkommenssteigerungen machen steigende Beiträge nicht nur tragbar. Unter normalen wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen ist zu erwarten, dass die Einkommenssteigerungen die Belastungssteigerungen durch höhere Beiträge sogar überkompensieren, so dass die Nettoeinkommen nicht sinken, sondern sogar steigen werden. Das lässt sich mit den Auswirkungen der Simulations-Ergebnisse eines Kritikers des Umlageverfahrens belegen, dem „Wirtschaftsweisen“ Werding.

Wenn man aus den alternativen Produktivitätssteigerungsannahmen Werdings eine moderate Version auswählt und die resultierenden Lohnsteigerungen ermittelt, steigt das Lohn-einkommen bei Annahme eines 50-prozentigen Rentenniveaus unter Abzug der gestiegenen Beiträge vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2080 um mehr als 100 Prozent. Es ist deshalb falsch, von einer zu hohen Belastung der jungen Generation auszugehen. Sofern die Erwerbseinkommen

eine auskömmliche Höhe aufweisen, können die Renten aus den Beiträgen finanziert werden.

Das gilt nicht für Niedriglöhner, die weder die höheren Beiträge tragen noch eine auskömmliche Rente erzielen können. Da diese Situation jedoch nicht von den Betroffenen zu verantworten, sondern systembedingt ist, also grundsätzlich das Ergebnis von Marktversagen ist – z.B. durch ungleiche Verteilung von Marktmacht – oder von politischen Fehlentscheidungen (Schaffung eines großen Niedriglohnsektors), muss für diese Gruppe der Erwerbstätigen eine Sonderregelung gefunden werden, die aus dem Steueraufkommen finanziert wird. Ernst Niemeier, Wentorf

## Das Rentenniveau kann nicht beliebig tief sinken

Die Kommentierung von Tim Szent-Ivanyi geht in die falsche Richtung. Seine Argumentation blendet aus, dass das Rentenniveau nicht beliebig abgesenkt werden kann. Die Lebenshaltungskosten werden weiter steigen. Schon heute gibt es zu viele Rentnerinnen und Rentner, die mit ihrer Rente im Armutsbereich liegen. Deshalb ist der Vorschlag der SPD richtig, das Rentenniveau zu fixieren. Noch besser und notwendig wäre es, das Rentenniveau wieder anzuheben. Die Inflation sinkt, die Lebenshaltungskosten steigen aber weiter. Damit die Rente finanzierbar bleibt, müssen neben den Rentenbeiträgen andere Quellen herangezogen werden. Warum nicht ein Renten-Soli ab einer bestimmten Einkommensgrenze? Vermögenssteuer reaktivieren? Vermutlich wird das aber an der „Wir sind dagegen Partei“ namens FDP scheitern. Dass die Redaktion diesen Kommentar veröffentlicht hat, hat mich erstaunt. Wolfgang Kusch, Wehrheim

# Die Schuldzuweisungen sind einseitig

Zu: „Was bleibt von den Grünen?“, FR-Titel vom 27. September

## Wo bleibt die Würdigung von Erfolgen der Grünen?

Ich bin schockiert vom Titelbild und dem Text darunter. Das ist eine Steilvorlage für alle, die jetzt höhnisch behaupten werden, dass sie alles schon immer besser gewusst haben. Ja, die Grünen hatten in den drei Landtagswahlen im Osten keine Chance. Ist es angemessen, die Schuld nur bei den Grünen zu suchen? Tatbestand: Sie hatten es mit einem festen Block von Klimaleugnern zu tun, mit im zivilgesellschaftlichem Kontext absoluter Kooperationsverweigerung, mit infantiler Trotzhaltung, begründet auf einem Freiheitsbegriff des puren Egoismus. Ja, es hätte manches anders oder wohl auch besser laufen können. Muss nicht auch in den Blick genommen werden, dass es die Ampel mit Herausforderungen zu tun hatte, die in ihrer Komplexität einmalig sind seit Bestehen der BRD?

Kann jedoch dieser Befund Anlass sein, denen jetzt gnadenlos Versagen vorzuwerfen, die es zu tun haben mit Teilen unserer Gesellschaft, die den Klimawandel kompromisslos leugnen? Die absolut uneinsichtig sind für die von namhaften Klimaforschern erstellten düsteren Prognosen? Die es in der Ampel zu tun haben mit einem Finanz- und einem Verkehrsminister, die alle fundierten Erfordernisse zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung blockieren? Dass in den drei Groko-Legislaturperioden beharrlich der Ausbau erneuerbarer Energien blockiert wurde? Dass die Groko die Blamage einstecken musste vor dem Verfassungsgericht, dass in ihren Plänen zu einer Verbesserung der Klimabilanz die nachkommenden Generationen überhaupt nicht vorkamen? Das beweist doch den schamlosen Egoismus, mit dem die Regierung vorgegangen ist

Es wäre stattdessen geboten gewesen, die Grünen für ihre jahrzehntelangen beharrlichen Kämpfe und ihre Erfolge zu würdigen, die einzig und allein zu den Ergebnissen geführt haben, die immerhin jetzt zu verzeichnen sind. Diesen Erfolgen sollte die FR breiten Raum widmen. Jutta-Maria Roth, Königswinter

## Die Grünen sollten Antje Vollmer lesen

Vielleicht liegt in der Kürze eine nachvollziehbare „Würze“: Welch eine Entwicklung, eine notwendige Korrektur. Welch eine Aufregung – zu recht. Dennoch ehemals peinliche Stimmenlosigkeit angesichts eines recht vordenklichen Vermächnisses von Antje Vollmer. Immer wieder lesenswert und dieser Partei ins Stammbuch geschrieben. Roland Neuhaus, Kiel

Diskussion: frblog.de/gruene-krise-2



## BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: [frblog.de/f20241008](http://frblog.de/f20241008)

## FR ERLEBEN

**Claus-Jürgen Göpfert** spricht mit dem Regisseur und Schauspieler Willy Praml und dem Regisseur und Schauspieler Michael Weber über ihr Leben und ihre Arbeit. Es werden Bilder aus Jahrzehnten Theater und Szenen aus Stücken zu sehen sein. Um Anmeldung wird gebeten.  
**Donnerstag, 10. Oktober, 19 Uhr**  
DenkBar, Spohrstraße 46a  
Frankfurt

**Hannings Voigts** moderiert die Podiumsdiskussion „Am autoritären Kippunkt?“ Zum Rechtsruck in Deutschland. Mit Michaela Köttig, Daniel Mullis und Anne Rabe.  
**Freitag, 11. Oktober, 20 Uhr**  
Studierendenhaus am Campus Bockenheim der Goethe-Uni  
Mertonstr. 26, Frankfurt

**Claus-Jürgen Göpfert** spricht mit dem Verleger, Schriftsteller und Kulturmanager Halldór Gudmundsson über sein Buch zur Literaturgeschichte Islands: „Im Schatten des Vulkans“. Um Anmeldung wird gebeten.  
**Donnerstag, 17. Oktober, 19 Uhr**  
DenkBar, Spohrstraße 46a  
Frankfurt

**Karin Dalka** spricht mit der Neurowissenschaftlerin und FR-Kolumnistin Maren Urner über deren neuen Bestseller „Radikal emotional – Wie Gefühle Politik machen“.  
**Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr**  
Historisches Museum, Saalhof 1.  
Frankfurt

## FR-Blog: Aggressiv

Aus der Diskussion über die Frage, wie der Ukrainekrieg beendet werden könnte

## Appelle allein sind nicht ausreichend

Ich habe 1979 meinen Wehrdienst geleistet, die Bundeswehr hatte damals einen Umfang von fast 500 000 Mann (Frauen gab es bei der Truppe keine). Trotz des Einmarschs der Sowjetunion in Afghanistan haben wohl die wenigsten geglaubt, dass sie auch einen Krieg gegen die Nato beginnt. Heute können wir aber nicht ignorieren, dass Russland unter Putin viel aggressiver handelt und Waffengewalt gegen friedliche Nachbarstaaten anwendet. Gegenteiligen Verträgen zum Trotz. Die Gefahr für die europäischen Staaten ist seit Beginn des Ukrainekriegs nicht mehr wegzudiskutieren. Keiner will Krieg, aber wer soll im Zweifelsfall unsere Freiheit verteidigen? Mit Appellen allein wird das kaum gelingen.

Michael Schöfer via FR-Blog

Diskussion: [frblog.de/frieden-2](http://frblog.de/frieden-2)

# Gesichert rechtsextrem

AfD: „Ein Verbot hilft nicht“, FR-Meinung vom 1. Oktober

Die AfD sei durch den Verfassungsschutz als Verdachtsfall bei der Einstufung als rechtsextremistisch anzusehen – anders als die AfD in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie die AfD-Jugendorganisation, die als erwiesen rechtsextremistisch gelten. Die Zeit sei nicht reif, ein Verbotverfahren gegen die AfD als Gesamtpartei zu starten. Aber was ist z.B. mit Herrn Höcke? Er ist beurlaubter Oberstudienrat, zweimal strafrechtlich verurteilt wegen Verwendung von SA-Parolen. Er kann als Faschist bezeichnet werden, gerichtlich bestätigt. Höcke steht einem AfD-Landesverband vor, der gesichert rechtsextrem ist. Wo bleibt die Reaktion der Kultusverwaltung Hessens, deren beurlaubter Beamter er ist? Beamte haben sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Einhaltung einzustehen. Oder gilt das beamtenrechtliche Mäßigungsgebot in seinem Fall nicht? Ferdinand Georgen, Wiesbaden

## Wie viel AfD steckt im BSW?

Der parteiübergreifende AfD-Verbotsantrag ist richtig und überfällig, weil die Partei eine kritische Größe erreicht hat. Nur Frau Wagenknecht leistet den Blauen schwesterliche Hilfe und bezeichnet das Vorhaben als „dümmste Idee des Jahres“. Dabei nimmt sie mit keinem Wort zum zunehmend rechtsextremen Kurs der AfD Stellung, sondern versteckt sich hinter „berechtigten Sorgen“ von deren Wählern. Das BSW ist keine Black Box, sondern eine Blue Box. Man weiß nicht, wie viel AfD tatsächlich drinsteckt. Wolfgang Lackinger, Frankfurt